



Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung  
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des  
Ausschusses Arbeit, Soziales, Pflege  
und Transformation  
Herrn Michael Hüttner, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz  
**18/3600**  
VORLAGE

**DER MINISTER**

Bauhofstraße 9  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2452  
Mail: [poststelle@mastd.rlp.de](mailto:poststelle@mastd.rlp.de)  
[www.mastd.rlp.de](http://www.mastd.rlp.de)

28. März 2023

<b>Mein Aktenzeichen</b> PuK	<b>Ihr Schreiben vom</b>	<b>Ansprechpartner/-in / E-Mail</b> Dagmar Rhein-Schwabenbauer <a href="mailto:Dagmar.Rhein@mastd.rlp.de">Dagmar.Rhein@mastd.rlp.de</a>	<b>Telefon / Fax</b> 06131 16-2415
---------------------------------	--------------------------	---	---------------------------------------

**16. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation  
am 16. März 2023**

hier: **TOP 4**

**Überakademisierung vs. Berufsausbildung  
Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/3451**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hüttner,

in der 16. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 16. März 2023 habe ich anlässlich der Erörterung des oben genannten Tagesordnungspunktes zugesagt, den Mitgliedern des Ausschusses meinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Ausfertigung ist als Ablage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schweitzer



Aktenzeichen

Mainz, den 9. März 2023

Nina Hülsebusch

☎ 06131 16-4476

## Sprechvermerk

### **16. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 16. März 2023**

**hier: TOP 4**

#### **Überakademisierung vs. Berufsausbildung Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/3451**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hüttner,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die der Landesregierung vorliegenden Zahlen für Rheinland-Pfalz sind teilweise nur eingeschränkt mit denen des im vorliegenden Antrag angesprochenen Ausbildungsmonitors vergleichbar, der auch die schulische Ausbildung erfasst. Dennoch ist erkennbar, dass auch in Rheinland-Pfalz die Zahl der Jugendlichen mit Abitur, die eine Ausbildung anstreben, in einem ähnlichen Ausmaß wie bundesweit gestiegen ist.

Ein Teil dieser Entwicklung ist allerdings bereits darauf zurückzuführen, dass immer mehr junge Menschen höhere Schulabschlüsse erreichen. So stieg der Anteil der jungen Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung in Rheinland-Pfalz von 31 Prozent im Jahr 2011 auf 38 Prozent im Jahr 2021. Gleichzeitig ist die Quote der jungen Menschen mit Berufsreife von 21 Prozent im Jahr 2011 auf 16 Prozent im Jahr 2021 gesunken. Dennoch ist der Anstieg nicht alleine dadurch zu erklären.

Der Anstieg ist keineswegs als negative Entwicklung zu werten. So galt viele Jahre eine Berufsausbildung unter Jugendlichen mit Hochschulzugangsberechtigung eher als zweite Wahl, bevorzugt wurde das Studium. Um die Beliebtheit der Berufsausbildung auch unter Abiturientinnen und Abiturienten zu steigern, wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen.



Auch das Land hat gemeinsam mit seinen Partnern für die duale Ausbildung geworben, so etwa im Rahmen seiner Fachkräftestrategien. Der Anstieg von Abiturientinnen und Abiturienten unter Auszubildenden kann daher auch als Erfolg dieser Bemühungen gewertet werden.

Allerdings hat diese Entwicklung nicht dazu geführt, dass insgesamt mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. Laut einer Erhebung des BIBB für das Jahr 2022, wurden in Rheinland-Pfalz rund 23.000 duale Ausbildungsverträge abgeschlossen. Im Jahr 2011 waren es hingegen noch fast 29.000. Von den 23.000 neuen Auszubildenden hatten 543 keinen Schulabschluss, 6.045 den Abschluss der Berufsreife (früher: Hauptschulabschluss), 9.132 den Sekundarabschluss II (früher: Realschulabschluss) und 7.023 eine Hochschulreife.

Die Ursache für den Rückgang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse liegt nicht an einem sinkenden Angebot an Ausbildungsplätzen. Vielmehr liegt die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsstellen seit vielen Jahren relativ konstant bei etwa 26.000 bis 28.000. Die Anzahl der gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber ist hingegen rückläufig. Haben sich im Ausbildungsjahr 2010/2011 noch fast 27.000 junge Menschen als ausbildungsplatzsuchend bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet, so waren es im Jahr 2021/2022 nur noch 20.000. Diese Entwicklung lässt sich in erster Linie auf den demografischen Wandel zurückführen, denn auch die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ist seit dem Jahr 2011 kontinuierlich zurückgegangen.

Gleichzeitig ist die Entwicklung bei den fachschulischen Ausbildungen in den Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen gegenläufig. Im Jahr 2021 waren hier rund 9.000 Auszubildende zu verzeichnen, im Jahr 2012 waren es 7.754 Personen. Allerdings muss hierbei festgehalten werden, dass die meisten der Ausbildungen in den Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen Jugendlichen mit niedrigen Schulabschlüssen nicht offenstehen, weil mindestens ein Sekundarabschluss II Zulassungsvoraussetzung ist.



Der Antrag weist dennoch zu Recht darauf hin, dass Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen trotz Fachkräftemangel und zahlreicher unbesetzter Ausbildungsplätze heute schlechtere Chancen haben, eine duale Ausbildungsstelle zu finden. Denn obwohl das Angebot an Ausbildungsstellen annähernd konstant ist, münden immer weniger junge Menschen mit Hauptschulabschluss in eine Ausbildung ein. Im Jahr 2011 lag ihr Anteil bei 36 Prozent, im Jahr 2021 bei rund 25 Prozent.

Die Ursachen hierfür sind einerseits regionale und berufliche Passungsprobleme. In Regionen mit weniger Ausbildungsplätzen ist zu befürchten, dass Absolventinnen und Absolventen des Bildungsgangs Berufsreife ins Hintertreffen geraten. Gleiches gilt für Branchen, die für junge Menschen besonders attraktiv sind.

Umso größer die Nachfrage nach einem bestimmten Ausbildungsberuf, desto schlechter sind tendenziell die Chancen für Jugendliche mit niedrigem oder keinem Schulabschluss. Auf die Chancen wirken sich auch die wachsenden Anforderungen der Ausbildungsberufe aus, vor allem durch den Einsatz neuer Technologien. Aufgrund der komplexeren Ausbildungsinhalte ist oftmals eine bessere schulische Vorbildung der Jugendlichen für den Ausbildungserfolg von Vorteil.

Wenn die Betriebe ihren Bedarf an Fachkräften jedoch decken möchten, müssen sie auch Jugendlichen mit niedrigeren Schulabschlüssen eine Chance geben. Die Betriebe und die Jugendlichen werden hierbei auch nicht alleine gelassen. Vielmehr steht mittlerweile eine ganze Reihe von guten Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung, die sich sowohl an die Jugendlichen als auch die Betriebe richten. Nur beispielhaft möchte ich hier die „Übergangskoaches“ und die „Jobfüxe“ des Landes nennen, die bereits in den Schulen tätig werden und den Schülerinnen und Schülern bei der Berufsorientierung zur Seite stehen. Die „Coachs für betriebliche Ausbildung“ wiederum kümmern sich um Jugendliche, die Schwierigkeiten haben, eine passende Ausbildungsstelle zu bekommen. Während der Ausbildung gibt es die „Assistierte Ausbildung“ der Bundesagentur für Arbeit oder den ESF+-Förderansatz „Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen“ des Landes, um die Auszubildenden und Ausbildungsbetriebe auf dem Weg zu einem erfolgreichen Abschluss zu begleiten.



Zur Frage, wie viele Abiturienten nach der Ausbildung tatsächlich im Beruf beziehungsweise Betrieb verbleiben, liegen der Landesregierung mangels entsprechender Erhebungen keine validen Daten vor. Allerdings dürfte für Betriebe das „Risiko“, dass Jugendliche mit Hochschulreife nach einer abgeschlossenen Ausbildung eine akademische Weiterqualifizierung antreten und dem Betrieb dadurch als Fachkraft verloren gehen, höher sein, als es bei Jugendlichen mit Berufsreife der Fall ist.

In jedem Fall lohnt es sich daher aus unserer Sicht auch für die Betriebe, wenn sie Jugendlichen ohne Abitur eine Chance geben. Wir als Land werden hierfür weiter werben und den Betrieben auch weiterhin entsprechende Unterstützungsangebote machen.

Vielen Dank!